



Nr. 82 | 27.02.2026

Belarus-Analysen

- Opposition im Exil
- Diaspora

ANALYSE

Zwischen Russland und der EU: Exil, Abhängigkeit und geopolitische Orientierung der belarusischen demokratischen Opposition

2

Ekaterina Pierson-Lyzhina (Université libre de Bruxelles, Brüssel),
Radzhana Buyantueva (Fonds National de la Recherche Scientifique, Brüssel)

ANALYSE

Bleiben, sich anpassen, sich zurückziehen: Belarusische Migrant*innen und die Grenzen der Integration in Polen und Litauen

7

Vasil Navumau (Universität Siegen)

UMFRAGEN

Geopolitische und kulturelle Orientierungen der Belarus*innen

13

Reisen in die EU

16

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

18

Zwischen Russland und der EU: Exil, Abhängigkeit und geopolitische Orientierung der belarusischen demokratischen Opposition

Ekaterina Pierson-Lyzhina (Université libre de Bruxelles, Brüssel),

Radzhana Buyantueva (Fonds National de la Recherche Scientifique, Brüssel)

DOI: 10.31205/BA.082.01

Zusammenfassung

Seit den Protesten von 2020 und der russischen Vollinvasion in die Ukraine im Jahr 2022 hat die belarusische demokratische Opposition ihren Kampf gegen das Regime von Lukaschenka zunehmend als einen Kampf für nationale Souveränität und Emanzipation von russischer Dominanz dargestellt. Die Opposition agiert im Exil und hat sich an die Europäische Union als wichtigsten Partner und symbolischen Referenzpunkt gewandt. Sie versucht bei ihrer Arbeit im Ausland weiterhin, eine größere Distanz zwischen Russland und Belarus herzustellen und das Land enger an die EU zu binden. Gleichzeitig erzeugt der Umstand, dass man sich auf europäische Hilfe stützt, in Bezug auf Identität, Souveränität und politische Repräsentation neue Abhängigkeiten und Dilemmata.

Einführung

Durch die massenhafte Mobilisierung nach den Präsidentschaftswahlen von 2020 entstand in Belarus eine qualitativ neue demokratische Opposition. Anders als bei früheren Protestwellen, die oft fragmentiert und marginal waren, hatte die Protestbewegung von 2020 eine breitere Basis, war sozial divers und weitgehend unideologisch. Sie vereinte Bürger*innen über soziale, sprachliche und regionale Trennlinien hinweg; das Verbindende waren Forderungen nach Würde, einem Ende der staatlichen Gewalt und demokratischer Verantwortlichkeit.

Die Protestbewegung vermied anfänglich bewusst eine geopolitische Positionierung. Die Rhetorik der Proteste betonte in ihren Forderungen eher bürgerrechtliche und moralische Aspekte und weniger eine außenpolitische Orientierung. Die Oppositionsführer*innen framen den Kampf weder als prowestlich noch als antirussisch. Diese strategische Entpolitisierung sollte in einer Gesellschaft, die durch kulturelle, sprachliche und wirtschaftliche Verbindungen zu Russland gekennzeichnet ist, für Inklusivität sorgen. Dies war für die Fähigkeit der Bewegung, über auseinanderlaufende geopolitische Präferenzen hinweg eine Mobilisierung zu erreichen, von zentraler Bedeutung.

Die brutale Niederschlagung der Proteste und die anschließende Vernichtung des politischen Raumes innerhalb von Belarus führten zu einem grundlegenden Wandel der Opposition. Da die wichtigsten Figuren der Opposition ins Exil gezwungen wurden – vorwiegend nach Litauen oder Polen – war die Bewegung dann strukturell von westlichen Regierungen und Institutionen abhängig, wenn sie über Anerkennung, Ressourcen und Schutz verfügen wollte. Nach der anhaltenden Entwicklung von Belarus in Russlands Angriffskrieg gegen

die Ukraine änderte die Opposition zunehmend das Framing ihres Kampfes, und zwar aus der Perspektive einer Entkolonialisierung. Die Orientierung Aljaksandr Lukaschenkas auf Moskau wurde nun als Ausdruck einer anhaltenden kolonialen Dominanz Russlands hingestellt, die die Souveränität, Kultur und Staatlichkeit von Belarus bedrohe.

Gleichzeitig wurde das Streben nach einer Ausrichtung auf die Europäische Union deutlicher. Eine europäische Integration wurde zunehmend als Schutz vor einer imperialistischen Einflussnahme Russlands hingestellt, aber auch als Garantie für ein Überleben des Kampfes für eine Demokratisierung von Belarus aus dem Exil heraus. Diese Konvergenz von Entkolonisierungsdiskurs und EU-Orientierung hat innerhalb der belarusischen demokratischen Opposition eine zentrale Spannungslinie zu Tage befördert: Während die Protestbewegung ihre Ursprünge in einem Aufruhr der Bürger*innen hatte, der bewusst von Geopolitik Abstand nahm, förderten das Exil und der Krieg einen Schwenk hin zu einer europäischen Ausrichtung, um sich von Russland zu distanzieren.

Obwohl dieser Artikel die belarusische demokratische Opposition in kollektiven Begriffen beschreibt, ist das Feld der Opposition heterogen und von unterschiedlichen Positionierungen, strategischen Prioritäten und politischen Schwerpunktsetzungen geprägt. Diese Divergenzen wurden durch Repression, Exil und ungleichen Zugang zu internationalen Plattformen zusätzlich verstärkt. Die vorliegende Studie konzentriert sich primär auf jenen Teil der Opposition, der mit Swjatlana Zichanouskaja verbunden ist, da dieser den institutionell sichtbarsten und international am stärksten eingebundenen Akteur im Dialog mit der Europäischen Union darstellt.

Die kolonialen Erfahrungen von Belarus

Belarus ist ganz erheblich von einer langwährenden Existenz als Teil des russischen Zarenreiches und der Sowjetunion geprägt worden, die durch eine anhaltende kulturelle, sprachliche und epistemische Dominanz Russlands gekennzeichnet war. Die Kolonisierung erfolgte durch dynastische Integration und eine systematische Russifizierung, wodurch die belarusische Sprache und Kultur marginalisiert wurde, während das Framing der imperialen Herrschaft dies als »bruderschaftlich« und zivilisatorisch darstellte. Dieses Narrativ von einer »Bruderschaft« verschleierte die Machtasymmetrie, was mit zu einer Entpolitisierung der Kolonialbeziehungen führte.

Obwohl sich das Russische Reich und die Sowjetunion in institutioneller Form, Ideologie und Nationalitätenpolitik deutlich unterschieden, reproduzierten beide asymmetrische Zentrum-Peripherie-Verhältnisse, in denen politische Autorität, symbolische Hierarchie und sprachliches Prestige in Moskau konzentriert blieben. Während das sowjetische System formal die belarusische Staatlichkeit innerhalb einer föderalen Struktur institutionalisierte und zeitweise die Indigenisierung (bzw. »Korenisazija«) förderte, erfolgten diese Maßnahmen innerhalb eines Rahmens, der letztlich eine echte Souveränität einschränkte und die kulturelle Dominanz Russlands normalisierte. Genau diese längerfristige Reproduktion hierarchischer Abhängigkeit – und nicht eine bloße institutionelle Kontinuität – prägt die zeitgenössischen dekolonialen (in vielfältigem Sinne entkolonisierende) Interpretationen.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1991 hatte dieses Erbe nachhaltige Auswirkungen, wodurch die kolonialen Strukturen über Sprachgebrauch, historische Erinnerung und politische Abhängigkeit weiterbestehen konnten. Der Umstand, dass das Regime diese strukturelle Abhängigkeit verstärkte, hat Entkolonialisierungsbestrebungen konsequent eingeschränkt, indem diese strukturelle Abhängigkeit von Russland institutionalisiert wurde. Nachdem Lukaschenka 1994 zum Präsidenten gewählt wurde, erfuhr die sprachliche Dominanz des Russischen eine Konsolidierung, wurden sowjetische Geschichtsnarrative wiederbelebt sowie die politische und wirtschaftliche Integration mit Moskau vorangetrieben. Unter dem Deckmantel von Stabilität und Kontinuität wurde durch Lukaschenkas Herrschaft ein postsowjetisches Regierungsmodell etabliert, das die untergeordnete Position von Belarus gegenüber Russland zur Norm wurde.

Dessen ungeachtet wurde Belarus allerdings nie ganz von Russland geschluckt. Die öffentliche Unterstützung für die staatliche Unabhängigkeit stieg allmählich, auch wenn sich viele Belarus*innen sich weiterhin mit der russischen Kultur und Sprache identifizierten. Das Nebeneinander von formaler Souveränität und infor-

meller Abhängigkeit hat ein dauerhaftes, aber fragiles Gleichgewicht hervorgebracht, das eher auf Ambivalenz als auf einer klaren geopolitischen oder zivilisatorischen Wahl gründen würde. Die »informelle Abhängigkeit« bezeichnet dabei die sozial eingebetteten und kulturell reproduzierten Asymmetrien, die jenseits formaler rechtlicher Regelungen wirken, während die »formale Souveränität« für deren Kodifizierung und Stabilisierung in formalen politischen und wirtschaftlichen Strukturen steht.

Auch das Engagement der EU für Belarus hat diese Zweideutigkeit widergespiegelt, und sie mitunter verstärkt. Seit den frühen 2000er Jahren war das Engagement der EU nur episodisch, weitgehend reaktiver Natur und vorwiegend von größeren geopolitischen Konfrontationen mit Russland geprägt, weniger von einer normativen oder gesellschaftlichen Interaktion mit Belarus selbst. Phasen einer erhöhten Aufmerksamkeit der EU für Belarus fielen oft mit Momenten zusammen, in denen es eine regionale Krise gab. Das war vor allem nach dem russischen Einmarsch in Georgien 2008 und der Annexion der Krim 2014 der Fall, als Belarus gewissermaßen als »Pufferstaat« wahrgenommen wurde.

Hintergründe der belarusischen Entkolonialisierungsrhetorik

Die Hinwendung der demokratischen Opposition zu einer Entkolonialisierungsrhetorik erfolgte nicht in einem politischen Vakuum. Sie wurde durch drei sich überschneidende Faktoren geprägt, nämlich die Zerstörung des politischen Raumes in Belarus, die strukturellen Realitäten des Exils und den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Diese Bedingungen prägen grundlegend die Struktur, in der Entkolonisierung durch die Opposition gedacht, artikuliert und vorangetrieben werden kann.

Zum einen hat die Beseitigung des politischen Raumes in Belarus dazu geführt, dass die Debatten zur Geschichte, zur Identität und zur geopolitischen Orientierung ganz erheblich eingeschränkt wurden. Unabhängige Medien, kulturelle Institutionen und Universitäten sind aufgelöst worden, während eine öffentliche Erörterung der nationalen Identität, Sprachenpolitik und historischen Erinnerung kriminalisiert wurde. Daher wird Entkolonisierung nur außerhalb des Landes, nämlich von oppositionellen Akteur*innen und Intellektuellen im Exil thematisiert, die größtenteils den Debatten innerhalb der belarusischen Gesellschaft entrückt sind.

Zweitens hat das Exil eine strukturelle Abhängigkeit erzeugt. Die Opposition stützt sich auf westliche Regierungen und Institutionen, um rechtlichen Schutz, Finanzierungen, Zugang zu öffentlichen Foren und internationale Anerkennung zu erlangen. Diese Abhängigkeit führt zwar nicht automatisch zu bestimm-

ten politischen Positionen, doch engt sie die Bandbreite tragfähiger Narrative beträchtlich ein. In der Praxis müssen Akteur*innen ihre Forderungen auf eine Art mit einem Framing versehen, dass sie bei EU-Institutionen, Geldgebern und Politiker*innen Widerhall finden. Entkolonisierung von Russland ist also eng mit einer Ausrichtung auf europäische Normen, Werte und geopolitischen Prioritäten verwoben.

Drittens hat der russische Angriffskrieg das imperialistische Vorgehen Russlands auf eine Weise deutlich gemacht, dass es nicht mehr relativiert oder heruntergespielt werden kann. Für die belarusische Opposition führte der Krieg dazu, dass abstrakte Debatten über Souveränität sich in Befürchtungen verwandelten, dass die Existenz des Landes unmittelbar bedroht ist. Der Umstand, dass Belarus als militärisches Aufmarschgebiet genutzt wurde, verstärkte zusammen mit Moskaus zunehmender Kontrolle über die Sicherheitsstrukturen von Belarus die Wahrnehmung, dass die belarusische Unabhängigkeit ohne eine entschiedene Loslösung von Russland stets gefährdet bleiben würde.

In diesem Kontext fungiert Entkolonisierung weniger als langfristiges gesellschaftliches Projekt, denn als vordringliche politische Strategie. Dieses Gefühl der Dringlichkeit soll die Zwickmühle deutlich machen, in der Belarus steckt, um internationale Unterstützung zu mobilisieren und eine klare geopolitische Umorientierung zu legitimieren.

Entkolonisierung als gemeinsamer Rahmen

In den Dialogen zwischen der EU und der belarusischen demokratischen Opposition wird Entkolonisierung zunehmend als ein gemeinsames politisches Projekt formuliert. Oppositionsführer*innen stellen Belarus als ein Land dar, das seit langem einer kolonialen Dominanz Russlands unterworfen ist. Sie streben nach europäischer Unterstützung für eine Wiedergewinnung der Souveränität, für den Schutz der nationalen Kultur, und um sicherzustellen, dass der Kampf für eine Demokratisierung von Belarus aus dem Exil heraus fortgeführt werden kann. Vertreter*innen der EU – insbesondere jene aus Mitteleuropa – reagieren häufig positiv auf dieses Framing und verweisen auf ihre eigenen historischen Erfahrungen unter sowjetischer Herrschaft und mit postsozialistischer Transformation.

Diese Konvergenz bietet klare politische Vorteile. Sie verleiht den Forderungen der Opposition moralische Klarheit, verortet Belarus in einem breiteren europäischen Narrativ des Widerstands gegen imperialistische Aggression und legitimiert ein anhaltendes Engagement der EU, ungeachtet des Fehlens spürbarer politischer Veränderungen innerhalb von Belarus. Die Unterstützung für Projekte zur belarusischen Sprache, Kulturprogramme und die Verurteilung der Russifizierungspolitik

werden häufig als praktische Beiträge zur Entkolonisierung von Belarus dargestellt.

Gleichzeitig lässt diese Art des Austauschs eine strukturelle Asymmetrie deutlich werden, nämlich zu der Frage, wie Entkolonisierung zu verstehen ist und operativ umzusetzen wäre. Während die Opposition Entkolonisierung als Emanzipation von russischer Dominanz beschwört, neigen EU-Institutionen zu einer Interpretation durch eine Europäisierungsbrille. In der Praxis wird Entkolonisierung hier eng mit einer Übernahme von EU-Normen, Institutionen und politischen Rahmen verbunden. Dabei wird eine Zunahme von belarusischer Souveränität mit einer Annäherung an europäische Standards gleichgesetzt.

Das erzeugt eine subtile, aber folgenreiche Spannung. Entkolonialisierung im kritischen Sinne des Begriffs bedeutet eine Rückgewinnung von Agency, ein Infrastrukturerbter Hierarchien und Widerstand gegen von außen aufgenötigte Modelle sozialer oder politischer Ordnung. In Dialogen zwischen Belarus und der EU besteht die Gefahr, dass Entkolonisierung ein anderes Framing erfährt, nämlich als linearer Wechsel weg von Russland hin zu Europa. Alternative Zukunftsvisionen, hybride Lösungen oder kontextspezifische Entwicklungsbahnen bleiben marginal, nicht etwa, weil sie explizit verworfen werden, sondern weil sie sich nicht leicht in bestehende politische Instrumente oder Logiken der Regierungsführung der EU fügen würden.

Souveränität durch Orientierung

Für die belarusische Opposition bringt die Ausrichtung auf die EU sowohl Möglichkeiten wie auch Einschränkungen mit sich. Einerseits bedeutet europäische Unterstützung rechtlichen Schutz, Ressourcen und internationale Sichtbarkeit. Sie ermöglicht der Opposition eine institutionelle Kontinuität im Exil sowie einen stärkeren Einsatz für politische Gefangene. Und sie gewährleistet, dass Belarus auf der internationalen Agenda bleibt.

Andererseits birgt eine Stützung auf die EU die Gefahr, dass die politische Fantasie eingeengt wird. Wenn Souveränität vorwiegend in Bezug auf eine Integration in europäische verstanden wird, erscheint sie eher als von außen definiert denn als gemeinsam ausgehandelt. Der Diskurs der Opposition spiegelt zunehmend den EU-Sprech über Reformen, Benchmarks und eine »Entscheidung für Europa« wider. Das geht oft zu Lasten einer tieferen Reflexion über die historischen Erfahrungen des Landes in Bezug auf Demokratie, gesellschaftliche Organisation und politischen Pluralismus.

Besonders deutlich tritt dieses Dilemma bei Diskussionen über eine EU-Mitgliedschaft zu Tage. Ein vollständiger Beitritt von Belarus zur EU ist zwar ein wirkmächtiges Symbol, erscheint aber unter den gegebenen Umständen unrealistisch. Die belarusische Opposition

ist nicht in der Lage, auf Augenhöhe in Verhandlungen zu treten, bei denen Beitrittskandidaten nationale Prioritäten formulieren und Grundannahmen der EU auf den Prüfstand stellen könnten. Dadurch bleibt »Europäisierung« weitgehend eine Ambition und verstärkt lediglich asymmetrische Erwartungen und nicht eine ausgehandelte Souveränität.

Aus der Entkolonialisierungsperspektive ist eine solche Situation problematisch. Die Befreiung von einem hegemonialen Machtzentrum sollte nicht eine bedingungslose Ausrichtung auf ein anderes zur Voraussetzung haben. Die größte Herausforderung für die belarusische Opposition besteht darin, europäische Unterstützung strategisch zu mobilisieren, ohne dass der europäische Rahmen zur einzigen Quelle politischer Legitimität und Vorstellungskraft wird.

Nationale Identität und die Grenzen kultureller Entkolonialisierung im Exil

Kulturelle und sprachliche Wiedergeburt gehören zu den sichtbarsten Bereichen, in denen die belarusische Opposition Entkolonialisierung zur Sprache bringt. Die Förderung der belarusischen Sprache, die Rückholung von zuvor marginalisierten historischen Narrativen und ein Vorgehen gegen sowjetische und russische Symboldominanz werden als Mittel präsentiert, um die nationale Identität zu bekräftigen während politische Aktivitäten innerhalb des Landes nicht möglich ist.

Diese Bestrebungen erfüllen im Exil eine wichtige symbolische und mobilisierende Funktion. Sie stärken den Zusammenhalt der Diaspora, signalisieren Widerstand gegen Russifizierung und verbinden Belarus mit breiteren europäischen Debatten über Erinnerung und Identität. Die Unterstützung der EU für kulturelle Initiativen stärkt diese Prozesse, wobei sie als Teil einer legitimen und gemeinsamen Antwort auf imperiale Hinterlassenschaften dargestellt wird.

Kulturelle Entkolonisierung im Exil hat allerdings bestimmte Grenzen. Es besteht die Gefahr, dass die Diaspora den gesellschaftlichen Realitäten in Belarus entrückt ist, wo Russisch die vorherrschende Sprache ist und die Anhänglichkeit zu Symbolen und Narrativen aus der Sowjetzeit anhält. Für viele Belarus*innen bedeuten Befindlichkeiten dieser Art weniger eine politische Loyalität, sondern sind eher eine durch historische Erfahrungen, Erziehung und materielle Umstände geprägte Alltagspraxis.

Wird Entkolonisierung auf eine Art artikuliert, die diese lebendigen Erfahrungen als unwahrhaftig oder politisch verdächtig abtut, könnte das innere Spaltungen eher vertiefen, statt eine inklusive nationale Erneuerung zu befördern. Ein nachhaltiges Entkolonisierungsprojekt müsste sich mit diesen Ambivalenzen auseinandersetzen und die Komplexität der belarusischen Identität

anerkennen, statt ein starres Narrativ lediglich durch ein anderes zu ersetzen.

Loslösung von der russischen demokratischen Opposition

Ein wichtiger Aspekt der Entkolonialisierungsbestrebungen aus dem Exil heraus besteht darin, dass die belarusische Opposition versucht, politische Autonomie zu gewinnen, in dem sie sich von der russischen demokratischen Opposition distanziert. Akteure der russischen Opposition stellen zwar den belarusischen und den russischen Kampf oft als miteinander verbunden oder wechselseitig abhängig dar, doch betrachten viele belarusische Aktivist*innen solche Narrative als eine Reproduktion kolonialer Hierarchien, in denen Belarus politisch als Derivat oder zweitrangig erscheint.

Durch die Forderung nach einer Sonderbehandlung bei den Demokratieförderungsprogrammen der EU und durch Widerstände gegen gemeinsame Initiativen, bei denen belarusische Akteur*innen unter russlandzentrierte Agenden gefasst würden, versucht die belarusische Opposition, die symbolische und institutionelle Anerkennung von Belarus als eigenständiges politische Subjekt zu erreichen. Dieser Prozess einer »Entkoppelung« ist nicht eine Ablehnung transnationaler Solidarität, sondern die Weigerung, die belarusische Souveränität symbolisch oder institutionell Narrativen unterzuordnen, in denen Russlands politische Transformation im Fokus steht.

Die Antworten der EU auf diese Forderungen sind uneinheitlich. Einige Politiker*innen sehen die Bedeutung der Differenzierung ein und erkennen die Legitimität der Forderung an, Belarus den Status eines politisch unabhängigen, eigenständigen Akteurs zuzubilligen. Andere wiederum bevorzugen weiterhin regionale Ansätze und argumentieren dabei, dass die politische Zukunft des Landes eng mit Russland verbunden bleiben wird. Diese Unterschiede spiegeln tiefer liegende Spannungen wider, die zwischen entkolonisierender Durchsetzung von Autonomie einerseits sowie strategischen Überlegungen zu regionaler Stabilität und Politikkohärenz andererseits bestehen.

Fazit: Entkolonialisierung ohne klare Richtung

Das Streben der belarusischen demokratischen Opposition nach Entkolonialisierung erfolgt unter außerordentlich schwierigen Bedingungen. Die Repressionen im Inland, das Exil und der Krieg in der Region schränken die politischen Optionen ein und komprimieren den Zeithorizont. In diesem Kontext wird Entkolonisierung zu einer moralischen Vokabel und einem strategischen Instrument, um die Verwundbarkeit von Belarus zu erklären, Unterstützung zu mobilisieren und eine geopolitische Umorientierung zu rechtfertigen.

Das europäische Engagement spielt bei der Aufrechterhaltung dieses Prozesses eine zentrale Rolle. Dadurch wird der Widerstand gegen eine Dominanz Russlands gestärkt, und es werden materielle, institutionelle und symbolische Ressourcen bereitgestellt, mit deren Hilfe die Opposition im Exil überleben und agieren kann. Dieses Engagement sorgt aber auch für neue Abhängigkeiten und nicht überwundene Spannungen. Wenn Souveränität vor allem als Ausrichtung auf die EU gedacht wird, läuft »Entkolonialisierung« Gefahr, nur partiell zu bleiben. Die eine externe Verankerung würde lediglich durch eine andere ersetzt und die politische Handlungsfähigkeit könnte nicht in vollem Umfang wiedererlangt werden.

Der Fall Belarus macht ein allgemeineres Dilemma deutlich, vor dem Oppositionsbewegungen stehen, die im Exil agieren müssen: Wie kann man sich kolonialer Dominanz entgegenstellen, ohne neue Hierarchien zu erzeugen, wie kann man Schutz suchen, ohne seine Auto-

nomie aufzugeben, und wie lassen sich unter extrem eingeschränkten Bedingungen Zukunftsvorstellungen für die Nation formulieren? Entkolonialisierung in diesem Sinne ist kein fixer Endpunkt, sondern ein laufender und streithafter Prozess, der durch ein ständiges Verhandeln, ein Abwägen zwischen strategischer Notwendigkeit und politischer Selbstbestimmung geprägt ist.

Ob die belarusische Opposition ihre gegenwärtige Stützung auf Europa in ein pluralistischeres, inklusiveres und stärker selbstreflektierendes politisches Projekt verwandeln kann, wird von ihrer Fähigkeit abhängen, wieder eine Verbindung zur Gesellschaft in Belarus aufzubauen, kritisch mit externen Netzwerken zusammenzuarbeiten und die Frage offen zu lassen, was Souveränität jenseits einer geopolitischen Orientierung bedeuten sollte.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorinnen

Ekaterina Pierson-Lyzhina ist Gastdozentin an der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Université libre de Bruxelles, wo sie auch promoviert wurde. Sie forscht seit fünfzehn Jahren zu Belarus. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Außenpolitik von autokratischen Regimen, Opposition im Exil, Protestbewegungen und westliche Demokratieförderung. Ihre jüngsten Arbeiten wurden im *Journal of Contemporary European Studies* und in *Europe-Asia Studies* veröffentlicht. Sie schreibt darüber hinaus regelmäßig für den *EaP Index* der vom Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft der EU herausgegeben wird.

Radzhana Buyantueva ist Forscherin bei der *Fonds National de la Recherche Scientifique* (F.R.S.-FNRS) und beim *Atelier de Genre(s) et Sexualité(s)* an der Université Libre de Bruxelles. Sie wurde an der britischen Universität Newcastle promoviert. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Komplexität von Machtentwicklungen und deren Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft, Menschenrechte und politische Institutionen. Ihr Buch »The emergence and development of LGBT protest activity in Russia« ist 2022 bei Palgrave Macmillan erschienen.

Bleiben, sich anpassen, sich zurückziehen: Belarusische Migrant*innen und die Grenzen der Integration in Polen und Litauen

Vasil Navumau (Universität Siegen)

DOI: 10.31205/BA.082.02

Zusammenfassung

Seit 2020 und insbesondere nach Beginn der russischen Vollinvasion in die Ukraine 2022 erfolgte die Migration von Belarus*innen nach Europa unter sich schnell wandelnden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Während Belarus in der öffentlichen Diskussion oft durch eine geo- oder sicherheitspolitische Brille betrachtet wurde und wird, wurde der Frage, welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf das Alltagsleben der Belarus*innen im Exil haben, sehr viel weniger Aufmerksamkeit gewidmet. Gestützt auf Forschungen mit Fokusgruppen in Polen und Litauen aus dem Jahr 2025, geht dieser Beitrag der Frage nach, welche sozialen Folgen eine länger währende rechtliche Ungewissheit, ein Wandel der gesellschaftlichen Wahrnehmungen und ein ungleicher Zugang zu Rechten haben.

Die Diaspora wird dabei nicht als ein einzelner politischer Akteur analysiert, sondern vielmehr als heterogener sozialer Raum, der durch Arbeitsbedingungen, Betreuungspflichten und informelle Netzwerke geprägt wird. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass es eine Verschiebung weg von einer Solidarität gibt, die aus der Not geboren ist, hin zu stilleren, individuelleren Formen der Anpassung. Wenn diese Alltagsstrategien übersehen werden, besteht die Gefahr, dass ein Sich-Zurückziehen als fehlendes Engagement und Resilienz als Nachgiebigkeit verstanden. Das hätte Implikationen für den langfristigen sozialen Zusammenhalt und die Integration.

Einführung

Für Belarus*innen, die nach den Massenprotesten von 2020 gegen die umstrittenen Präsidentschaftswahlen vor den politischen Repressionen flohen und fliehen, sind Polen und Litauen zu den beiden wichtigsten Zielländern geworden. Diese Proteste bedeuteten für viele Belarus*innen den Übergang von politischem Dissens zu anhaltendem Exil. Russlands Vollinvasion in die Ukraine seit 2022 hat diesen Migrationskontext zusätzlich gewandelt: In den Zielländern haben sich der rechtliche Rahmen, die öffentliche Wahrnehmung und die institutionellen Kapazitäten verändert. Beide Staaten hatten anfangs Schutz und Unterstützung geboten. Seitdem haben sich jedoch bestimmte gesellschaftliche und institutionelle Umgebungen entwickelt, die auf unterschiedliche Weise das Leben der belarusischen Migrant*innen prägen.

Auf der Grundlage von Fokusgruppenforschungen, die 2025 in Polen und Litauen durchgeführt wurden, untersucht dieser Beitrag, wie die unterschiedlichen Kontexte die Alltagserfahrungen und Adaptionsstrategien der Belarus*innen prägen. Die Analyse geht über rein institutionelle Beschreibungen hinaus und konzentriert sich eher auf soziale Auswirkungen.

Die Daten für den Artikel wurden im Rahmen des Projekts »Porträt exilierter Belarus*innen und die Rolle Belarus' im russischen Krieg gegen die Ukraine« erstellt, das vom European Council on Foreign Relations (ECFR) e.V. durchgeführt wurde. Das Projekt wurde im

Rahmen des Programms EU4Belarus – SALT II (Support for Advanced Learning and Training) finanziert.

1. Polen und Litauen: Zwei gesellschaftliche Kontexte für Exil, die sich in unterschiedlichen Richtungen bewegen

Polen wird von Teilnehmer*innen der Fokusgruppen konsequent als *de facto* sicherer Hafen für Belarus*innen beschrieben. Die Situation in Bezug auf Erlangung eines legalen Aufenthaltsstatus, einer Anstellung und den Zugang zu grundlegenden Diensten wird als relativ berechenbar wahrgenommen, insbesondere von jenen, denen in Litauen eine Aufenthaltsgenehmigung verweigert wurde, oder die als unerwünscht eingestuft und später von dort abgeschoben wurden. Gleichzeitig betonten Respondent*innen, dass es nach 2022 eine allmähliche Erosion der Hilfsstrukturen gegeben habe. Rechtliche Hilfe, psychologische Unterstützung und zielgerichtete Programme für Belarus*innen seien schwächer geworden und hätten überwiegend vulnerable Gruppen wie Rentner*innen, ehemalige politische Gefangene, LGBTQIA+-Personen, alleinerziehende Mütter sowie Personen mit gesundheitsbedingten Bedürfnissen betroffen. Polen ist zwar weiterhin offener als seine Nachbarstaaten, doch reduzierten die Überlastung der Institutionen und die veränderten Prioritäten zunehmend die Sichtbarkeit und Anerkennung der Emigrant*innen als Flüchtlinge oder humanitär Schutzbedürftige ein.

Litauen hingegen wird als eher eine fragmentierte und unsichere Umgebung beschrieben. Teilnehmer*innen der Fokusgruppen hoben das dortige Fehlen eines zentralisierten und zuverlässigen Systems migrationsrelevanter Informationen hervor, wobei sich die Vorschriften häufig änderten und unklare Kriterien eine langfristige Planung komplizierter machten. Der Kontext in Litauen wird neben der verwaltungstechnischen Unsicherheit auch durch symbolgeladene Spannungen rund um den sogenannten *Litwinismus* (siehe hierzu die Diskussion unten) und die historischen Bezüge zum Großfürstentum Litauen geprägt. Die meisten der Befragten betonten allerdings, dass sich die litauische Gesellschaft im Großen und Ganzen unterstützend verhalte. Allerdings würden diese Geschichtsdiskussionen dazu beitragen, dass der kulturelle Kontext heftiger umstritten und die Wahrnehmung der eigenen Zugehörigkeit betroffen sei.

In beiden Ländern verwiesen die Emigrant*innen auf Diskriminierungserfahrungen, wenn auch in unterschiedlicher Form. In Litauen erfolge die Diskriminierung öfter aufgrund einer Signalisierung von Verdacht oder einer symbolhaften Stigmatisierung (einige Belarus*innen wurden von Sicherheitsbehörden wegen einzelner Umstände ihrer Biographie als »Gefahr für die nationale Sicherheit« eingestuft). In Polen hingegen manifestiere sich die Diskriminierung in bürokratischer Vernachlässigung und beschränkter Anerkennung durch Institutionen. Bei Fällen dieser Art sei aber nur selten zu verzeichnen, dass sie gezielt gegen Belarus*innen gerichtet waren. Allerdings führe es dazu, dass man verstärkt das Gefühl der eigenen Unsichtbarkeit und weniger eine offene Diskriminierung wahrgenommen habe.

Polen und Litauen sind in Bezug auf Exil unterschiedliche Landschaften. Dabei sind die jeweiligen Kontexte nicht notwendigerweise für individuelle Ergebnisse verantwortlich. Aber sie schaffen die Bedingungen, unter denen die Migrant*innen tagtäglich agieren müssen. Auch das zivilgesellschaftliche Engagement und die Integrationspfade werden davon beeinflusst. Im Weiteren wird der Frage nachgegangen, wie diese unterschiedlichen Umgebungen den Alltag und die Anpassungsstrategien der Emigrant*innen im Laufe der Zeit beeinflussen. Die Konzentration gilt hier eher den sozialen Folgen als nur dem institutionellen Setup.

2. Rechtliche Rahmenbedingungen und alltägliche Ungewissheit

Für Belarus*innen im Exil ist der rechtliche Status ein zentraler Faktor, der ihr Leben in Polen wie auch in Litauen prägt. Die Unterschiede im jeweiligen nationalen Rechtsrahmen führen zu unterschiedlichen Formen der Ungewissheit, etwa hinsichtlich des Zugangs zu einer Beschäftigung oder zu medizinischer Versorgung. Ungewissheit verhindert eine langfristige Planung. Provisorische recht-

liche Regelungen fungieren weniger als Übergangsphase, sondern werden oft zu Dauerzuständen, was sich auf die tagtäglichen Entscheidungen der Migrant*innen auswirkt und die Aussichten auf Integration einschränkt.

In Litauen werden die Verfahren zur Erlangung eines Aufenthaltstitels weitgehend als langwierig und destabilisierend wahrgenommen. Während eines Asylverfahrens oder eines Verfahrens zur Gewährung eines humanitären Aufenthalts, sehen sich Migrant*innen längeren Phasen ausgesetzt, in denen sie nicht legal arbeiten, bezahlte Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen oder vollwertig am öffentlichen Leben teilnehmen können. Dieses rechtliche Vakuum kann für humanitär Schutzsuchende bis zu vier Monaten dauern und für Asylsuchende beträchtlich länger, bis zu sechs Monaten. Selbst dann, wenn ein legaler Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt wurde, hält die Ungewissheit an: Arbeitgeber sind oft zurückhaltend, Personen in prekärer Lage einzustellen, und der Zugang zu vielen regulierten Berufen bleibt Migrant*innen verwehrt. Dadurch werden viele hochqualifizierte Migrant*innen in geringqualifizierte Beschäftigungen, informelle Beschäftigung oder zu einer weiteren Migration gedrängt, meist nach Polen.

Ein Thema, das von den Befragten immer wieder erwähnt wurde, ist das Fehlen eines zentralisierten und zuverlässigen Informationssystems. Vorschriften, die sich häufig ändern, unklare Kriterien und eine lückenhafte Kommunikation machten es schwierig, Zugang zu rechtlichen Optionen zu finden oder im Voraus zu planen. Sich in diesem System zu bewegen, erfordert somit eine starke Hinwendung zu informellen Netzwerken, was das Risiko von Fehlinformationen und juristischen Fehlern erhöht, mit entsprechenden langfristigen Konsequenzen.

In Polen waren die rechtlichen Wege für politische Migrant*innen aus Belarus traditionell offener. Die Verfahren für humanitäre Visa, Aufenthaltsgenehmigungen und Asylanträge in Polen wurden als relativ berechenbar wahrgenommen. Das galt insbesondere für die Zeit nach der Niederschlagung der Proteste von 2020. Für viele, die in Litauen rechtliche Sackgassen erlebt hatten, stellte die Weiterreise nach Polen eher eine Strategie zur rechtlichen Stabilisierung als einen Schritt wirtschaftlich motivierter Mobilität dar. Allerdings haben Befragte und auch Rechtsexpert*innen auf eine schrittweise Verschärfung der Verfahren verwiesen, die seit 2023/24 einsetzte: Längere Wartezeiten, verringerter Zugang zu humanitären Visa und eine zunehmende bürokratische Komplexität haben dazu geführt, dass Ungewissheit auch im polnischen Kontext immer mehr zu einem Thema wurde.

In beiden Ländern hat die Anwendung der Dublin-Verordnung wesentlich dazu geführt, dass sich die Ungewissheit für Migrant*innen aus Belarus verstärkt. Belarus*innen, die ursprünglich über die litauische Grenze in die EU gelangten und später nach Polen weiterzogen,

beschrieben ihre Situation als zwischen verschiedenen Rechtssystemen gefangen. Sie mussten Verlegungsbescheide erwarten, trotz glaubwürdiger Schutzbedürfnisse. Besonders betroffen sind ehemalige politische Gefangene und Familien mit Kindern. Für diese bedeuten langwierige Verfahren und eine mögliche erzwungene Rückkehr heftigen Stress und Instabilität. Der Rahmen des Dublin-Verfahrens fördert weniger den Schutz, als dass es vielmehr oft die Mobilität einschränkt und Migrant*innen daran hindert, unter Bedingungen Schutz zu suchen, die sie eher als hilfreich empfinden.

Die rechtliche Ungewissheit trifft vor allem vulnerable Gruppen, unter anderem ältere Migrant*innen, Menschen mit Behinderungen, LGBTQIA+-Personen, ehemalige politische Gefangene und Familien mit abhängigen Kindern. Eine häufige Sorge ist die mögliche Verfolgung von Angehörigen: Verwandte von politischen Gefangenen stehen in Belarus oft unter Druck, haben aber keine Aussicht auf Schutz oder Familienzusammenführung in der EU. Eine weitere strukturelle Lücke betrifft Kinder im Übergang zum Erwachsenenalter, die ihren Status als Abhängige verlieren könnten, obwohl sie jahrelang aufenthaltsberechtigt waren und zur Schule gingen. Dann würden sie ohne eine sichere rechtliche Option verbleiben.

Insgesamt bewirkten die rechtlichen Rahmen in Polen und Litauen eher eine langwährende Ungewissheit als verlässliche Wege zur Inklusion. Unterschiede zwischen den Staaten spielen zwar eine Rolle, doch ist das Ergebnis insgesamt ein Warten, das das alltägliche Verhalten prägt, zu kurzfristigen Strategien ermuntert und die zivilgesellschaftliche und soziale Partizipation reduziert. Die bestehenden rechtlichen Regelungen verstärken also oft Vorsicht, Rückzug und die Stützung auf informelle oder grenzüberschreitende Netzwerke, statt Integration zu befördern.

3. Von anfänglicher Solidarität zu sozialer Distanz

Teilnehmer*innen an den Fokusgruppen berichteten sowohl in Polen wie auch in Litauen, dass es mit der Zeit einen klaren Wandel in ihren Alltagserfahrungen gab. Die anfängliche Phase des Ankommens (insbesondere nach den Protesten von 2020) wurde weithin als eine Zeit wahrgenommen, die von Offenheit, Empathie und starker gesellschaftlicher Unterstützung geprägt war. Mit der Zeit und besonders nach 2022 wich diese anfängliche Solidarität ambivalenteren und stärker distanzierenden gesellschaftlichen Entwicklungen.

In Litauen ist dieser Wandel eng mit den erwähnten symbolbeladenen und kulturellen Spannungen verbunden. In den Fokusgruppen wurde wiederholt auf Debatten um den sogenannten *Litwinismus* verwiesen – eine in Belarus verbreitete geschichtspolitische Strömung, die das Großfürstentum Litauen als primär belarusisch-slavisches Staatswesen interpretiert und damit litauische

nationale Narrative infrage stellt. Ebenso wurden Konflikte um die Verwendung historischer Symbole angesprochen, insbesondere um das Reiterwappen »Pahonja« (belarusisch) bzw. »Vytis« (litauisch), das sowohl in der litauischen Staatsikonographie als auch in der belarusischen Oppositionsbewegung seit 2020 eine zentrale Rolle spielt. Die parallele symbolische Aneignung desselben historischen Zeichens wird dabei nicht selten als identitätspolitisch heikel wahrgenommen. Diese Debatten würden zwar von Randfiguren geführt, doch habe deren Präsenz in den Medien und in der öffentlichen Diskussion Auswirkungen auf die alltägliche Interaktion. Einige der Befragten berichteten, sie hätten versucht, ihr Verhalten anzupassen, um weniger exponiert zu sein. Hierzu gehörte auch, in der Öffentlichkeit möglichst nicht Belarussisch oder Russisch zu sprechen und die Beteiligung an kulturellen Initiativen in Grenzen zu halten. Auch wenn die litauische Gesellschaft immer noch als weitgehend hilfsbereit wahrgenommen wird, spiegeln solche Anpassungsversuche das wachsende Gefühl wider, dass eher eine bedingte Akzeptanz herrscht als offene Inklusion.

In Polen nahm die veränderte gesellschaftliche Dynamik andere Formen an. Die Teilnehmer*innen an den Fokusgruppen berichteten weniger von symbolbeladener Konfrontation; sie betonten vielmehr ein zunehmendes Gefühl der Unsichtbarkeit. Da die öffentliche Aufmerksamkeit und die institutionellen Ressourcen zunehmend größeren Migrant*innengruppen gelten, haben Belarus*innen verstärkt den Eindruck, dass sie nicht so sehr aktiv ausgeschlossen als vielmehr einfach übersehen werden. Solchen Erfahrungen umfassen typischerweise keine Fälle offener Feindseligkeit. Sie tragen gleichwohl zu Frustrationen bei und schwächen das Vertrauen in die Institutionen. Mit der Zeit reduziert die Wahrnehmung, zu einer »nicht vorrangigen Gruppe« zu gehören, die Motivation für öffentliches Engagement und sie bewirkt, dass sich die Menschen stärker aus sichtbaren Formen der Partizipation zurückziehen.

Die Teilnehmer*innen berichteten in Bezug auf beide Länderkontexte von Diskriminierungserfahrungen, die allerdings unterschiedlich geartet waren. In Litauen wurde Diskriminierung öfter mit einer Signalisierung von Verdacht und mit symbolhafter Fehlwahrnehmung assoziiert, unter anderem dadurch, dass man mit »den Russen« in einen Topf geworfen oder durch das Prisma generalisierender geopolitischer Narrativer dargestellt oder wahrgenommen wurde. In Polen gab es häufiger die Erfahrung bürokratischer Gleichgültigkeit und begrenzten Zugangs zu zielgerichteter Hilfe. In beiden Fällen wurde das nicht als etwas wahrgenommen, was insbesondere Belarus*innen betrifft, verstärkte aber das Gefühl der Unsichtbarkeit.

Das gesellschaftliche Klima, das sich in den beiden Ländern hieraus entwickelte, hat nicht zu einer offenen

Konfrontation geführt. Es ermutigte die Migrant*innen vielmehr zu einem adaptiven Rückzug. Viele Belarus*innen sind weiterhin wirtschaftlich aktiv und sozial eingebunden, sie reduzieren jedoch ihre Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit auf ein Engagement in vertrauenswürdigen Netzwerken. Bürgerschaftliche Partizipation erfolgt eher seltener, eher informell oder grenzüberschreitend als lokal eingebunden. Dieser Wandel stellt eine pragmatische Reaktion auf Ungewissheit und Fehlwahrnehmung dar. Fehlendes Interesse an einer Integration oder an Solidarität spielen hier weniger eine Rolle.

Soziale Distanz ist in diesem Sinne nicht eine bewusste Entscheidung, sondern die Folge einer Kombination aus langwährender rechtlicher Ungewissheit und alltäglichen sozialen Erfahrungen. Es ist sehr wichtig, diese Dynamik zu verstehen, um zu untersuchen, auf welche Weise Inklusion auch ohne explizite Ausgrenzung langsam erodieren kann.

4. Zivilgesellschaftliche Ermüdung und Muster des Rückzugs

In den Diskussionen der Fokusgruppen in Polen und Litauen wurde auch ein allmählicher Wandel des zivilgesellschaftlichen Engagements von Belarus*innen im Exil thematisiert. War die Frühphase der Vertreibung noch von starker Sichtbarkeit und gemeinschaftlicher Mobilisierung gekennzeichnet, so wurde es mit der Zeit zunehmend schwierig, dieses Niveau an Engagement aufrecht zu halten. In diesem Wandel spiegelt sich weniger eine nachlassende Einsatzbereitschaft wider; es wirken vielmehr verschiedene Formen zivilgesellschaftlicher Ermüdung, hervorgerufen durch die Bedingungen vor Ort und langwährende Ungewissheit.

In Litauen wurde die Abkehr von sichtbarer zivilgesellschaftlicher Aktivität oft als eine Strategie des Selbstschutzes beschrieben. Die anhaltende rechtliche Unsicherheit führt in Kombination mit verstärkten Überprüfungen und symbolbezogenen Spannungen dazu, dass öffentliches Engagement als riskant empfunden wird. Sichtbarkeit, etwa durch Teilnahme an Protesten oder Kulturinitiativen oder durch öffentliche Stellungnahmen, wird zunehmend als eine potenziell belastende Pflicht wahrgenommen. Daher nahmen die Befragten bewusst Abstand von organisierten Aktivitäten und schoben ihr Engagement auf, bis eine rechtliche Stabilität hergestellt sein würde. Insbesondere für ehemalige politische Gefangene und kürzlich freigelassene Aktivist*innen fungiert ein solcher Rückzug eher als eine Form von Erholung und Risikomanagement und ist keine Abkehr von Engagement.

In Polen erfolgt zivilgesellschaftliche Ermüdung auf einer anderen Bahn. Teilnehmer*innen der Fokusgruppen berichteten, dass der Rückzug weniger aufgrund von Furcht oder wegen Überprüfungen geschah. Vielmehr wurde von einer Fragmentierung und einer Diffusion des Engagements gesprochen. Der Umfang der

belarusischen Gemeinschaft hat es – zusammen mit der abnehmenden institutionellen Unterstützung – schwierig gemacht, die kollektiven Strukturen aufrechtzuerhalten, die in früheren Phasen der Mobilisierung entstanden waren. Die Organisationen stehen vor Herausforderungen: Burnout von Mitwirkenden, schwindende Finanzierung und eine beschränkte Kapazität an Freiwilligen führen dazu, dass es eher kurzfristige Initiativen und eine ad hoc-Koordinierung gibt als eine stabile öffentliche Präsenz. Die bürgerschaftliche Energie wurde mit der Zeit eher auf Fragen der Beschäftigung, familiäre Verpflichtungen und persönliche Überlebensstrategien umgelenkt.

In beiden Länderkontexten ist allgemein ein Übergang zu stillen Formen der Partizipation festzustellen. Informelle Unterstützungsnetzwerke, alltägliche Akte gegenseitigen Beistands und betreuungsbezogene Praktiken lösen zunehmend den sichtbaren Aktivismus ab. Diese Formen des Engagements werden selten als zivilgesellschaftliche Partizipation betrachtet. Gleichwohl spielen sie eine wichtige Rolle bei der Wahrung des sozialen Zusammenhalts innerhalb der Diaspora. Gleichzeitig reduziert die begrenzte Sichtbarkeit die Möglichkeiten für kollektive Repräsentation und schwächt die Fähigkeit, auf öffentlichen Bühnen gemeinsame Anliegen zu artikulieren.

Die Auswirkungen von Ermüdung, Fragmentierung und Rückzug führen kumuliert zu einer allmählichen Erosion von kollektiven Kapazitäten. In Litauen manifestiert sich das in verringerter Sichtbarkeit und zunehmender Isolation. In Polen führt es dazu, dass Initiativen verstreut und nur kurzlebig sind und eine begrenzte institutionelle Reichweite haben. In beiden Ländern entsteht dadurch eine wachsende Kluft zwischen alltäglichen Bedürfnissen und der Fähigkeit, auf die öffentlichen Agenden einzuwirken. Das Wissen um diese Muster ist von größter Bedeutung, wenn untersucht werden soll, wie langwährende Ungewissheit das zivilgesellschaftliche Leben verändert, wenn die Mobilisierung nicht mehr durch Krisen befeuert wird.

5. Was die Gemeinschaften zusammenhält

Ungeachtet der langwährenden rechtlichen Ungewissheit, der sich wandelnden gesellschaftlichen Klimata und der geschwundenen öffentlichen Sichtbarkeit, weisen die belarusischen Gemeinschaften in Polen wie in Litauen weiterhin beträchtliche Merkmale sozialen Zusammenhalts auf. Dieser Zusammenhalt wird allerdings nicht mehr durch eine kollektive Mobilisierung oder gemeinsame politische Agenden befördert, sondern jetzt durch Alltagspraktiken aufrechterhalten, die direkt auf unmittelbare Bedürfnisse oder Verwundbarkeiten reagieren.

In beiden Ländern haben Teilnehmer*innen der Fokusgruppen die zentrale Rolle betont, die informelle Netzwerke bei der Bewältigung des alltäglichen Lebens haben. Informationen zu rechtlichen Verfahren, Beschäftigungsmöglichkeiten, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und

Bildungsoptionen werden vorwiegend über persönliche Kontakte und Onlinekanäle der Gemeinschaften eingeholt, weniger von offiziellen Institutionen. Diese Netzwerke fungieren im Alltag als Infrastruktur und kompensieren die Fragmentierung der Verwaltungssysteme und die Begrenztheit der institutionellen Unterstützung. In Litauen, wo die Verfahren als intransparent und nicht vorhersagbar wahrgenommen werden, stützt man sich besonders stark auf informelle Informationen; in Polen helfen solche Netzwerke eher, die institutionelle Überlastung und das Schwinden zielgerichteter Hilfe zu bewältigen.

Betreuungsbezogene Praktiken stellen eine weitere wichtige Säule des Zusammenhalts dar. Teilnehmer*innen der Fokusgruppen haben auf die überaus große Rolle verwiesen, die gerade Frauen zufällt, wenn es um die Organisation gegenseitiger Hilfe und emotionaler Unterstützung oder die Versorgung vulnerabler Personen geht, etwa von älteren Migrant*innen, Neuankömmlingen oder jenen, die vor rechtlichen oder psychischen Problemen stehen. Diese Formen des Engagements gehen über rein familiäre Zusammenhänge hinaus und helfen, Schocks abzufedern, die durch Ungewissheit entstehen können. Sie werden zwar nur selten als zivilgesellschaftliche Partizipation betrachtet, doch sind sie für die Aufrechterhaltung sozialer Bindungen und die Verhinderung einer weiteren Marginalisierung von größter Bedeutung.

Auch eine lokale Einbindung kann die Resilienz auf der Mikroebene fördern. Stabile Beziehungen zu Nachbar*innen, Schulen, zum Beschäftigungsumfeld oder lokalen Initiativen fungieren als wichtige Verankerungen in einem ansonsten unsicheren Lebensumfeld. Wenn solche Verbindungen bestehen, gibt es – Berichten von Teilnehmer*innen zufolge – mehr Vertrauen und emotionale Stabilität. Ist das Gegenteil der Fall, führt das Fehlen solcher Verbindungen dazu, dass man sich stärker auf grenzüberschreitende Netzwerke stützt. Und es erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass man sich zurückzieht oder erneut migriert.

Gleichzeitig sind die Kapazitäten informeller Netzwerke und auf Versorgung basierenden Zusammenhalts begrenzt. Die Praktiken sind ganz wesentlich auf persönliche Ressourcen angewiesen und reproduzieren dabei oft interne Ungleichheiten. Burnout, ungleiche Verteilung von Zuständigkeiten und mangelnde institutionelle Anerkennung gefährden die Nachhaltigkeit. Teilnehmer*innen der Fokusgruppen betonten, dass die Resilienz, die aus der Gemeinschaft erwächst, zwar groß sei, jedoch nicht verlässliche rechtliche/legale Rahmenbedingungen und inklusive öffentliche Institutionen

ersetzen könne. Ohne strukturelle Unterstützung läuft informeller Zusammenhalt Gefahr, zu einem Kompensationsmechanismus zu werden, der zwar das Leben im Alltag stabilisiert, dabei aber die zugrundeliegenden Vulnerabilitäten unbewältigt lässt.

6. Schlussfolgerungen: Unterschiedliche Pfade, ähnliche gesellschaftliche Folgen

Die im Beitrag erörterten Erfahrungen werfen ein Licht auf eine Reihe unbeabsichtigter sozialer Folgen, die sich aus dem Zusammenwirken von Rechtsrahmen, Verwaltungspraktiken und den alltäglichen sozialen Dynamiken in den aufnehmenden Gesellschaften ergeben. Polen und Litauen verfolgen in Bezug auf belarusische Migrant*innen zwar unterschiedliche institutionelle Ansätze, doch machten die Diskussionen in den Fokusgruppen deutlich, dass in beiden Kontexten mit der Zeit ähnliche Ergebnisse zu beobachten waren: Langwährende rechtliche Ungewissheit, sich wandelnde öffentliche Aufmerksamkeit und begrenzte institutionelle Anerkennung untergraben allmählich die Bedingungen für eine stabile Integration.

Ein sehr wichtiger Aspekt ist hier, dass das Provisorium zu einer Normalität wurde. Maßnahmen, die als kurzfristige Antworten entwickelt wurden, werden zunehmend zu dauerhaften Arrangements, die zu risikovermeidendem Verhalten führen und von einem langfristigen Engagement abhalten. Statt eine allmähliche Integration zu befördern, führen diese Bedingungen eher verstärkt zu Vorsicht, episodenhaftem Engagement und einem Rückgriff auf informelle Netzwerke. Gleichzeitig sorgen Anpassungsstrategien, die die Exponiertheit reduzieren sollen (etwa verringerte Sichtbarkeit oder nur selektive Beteiligung), für zunehmende gesellschaftliche Distanz und verringerte öffentliche Präsenz.

Diese Entwicklungen sind nicht das Ergebnis bewusster Ausgrenzung, verändern aber die Muster von Partizipation und Zugehörigkeit. Wenn die Anpassung an den Alltag als schwindendes Engagement fehlinterpretiert wird, bleibt die stille Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts unbemerkt. Die belarusische Diaspora eher als soziales, von lebendigen Erfahrungen geprägtes Phänomen und weniger in politischen oder strategischen Kategorien zu betrachten, ist somit von größter Bedeutung, wenn man verstehen will, warum Inklusion allmählich ins Stocken geraten kann, selbst in einer – formal gesehen – unterstützenden Umgebung.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Vasil Navumau ist promovierter Wissenschaftler an der Universität Siegen. Seine Forschungsarbeiten bewegen sich im Bereich von Interaktion zwischen Mensch und Computer, Sozioinformatik und politischer Soziologie, mit besonderer Konzentration auf digitale Infrastruktur in Krisenzeiten, zivilgesellschaftlichen Aktivismus und Exilgemeinschaften.

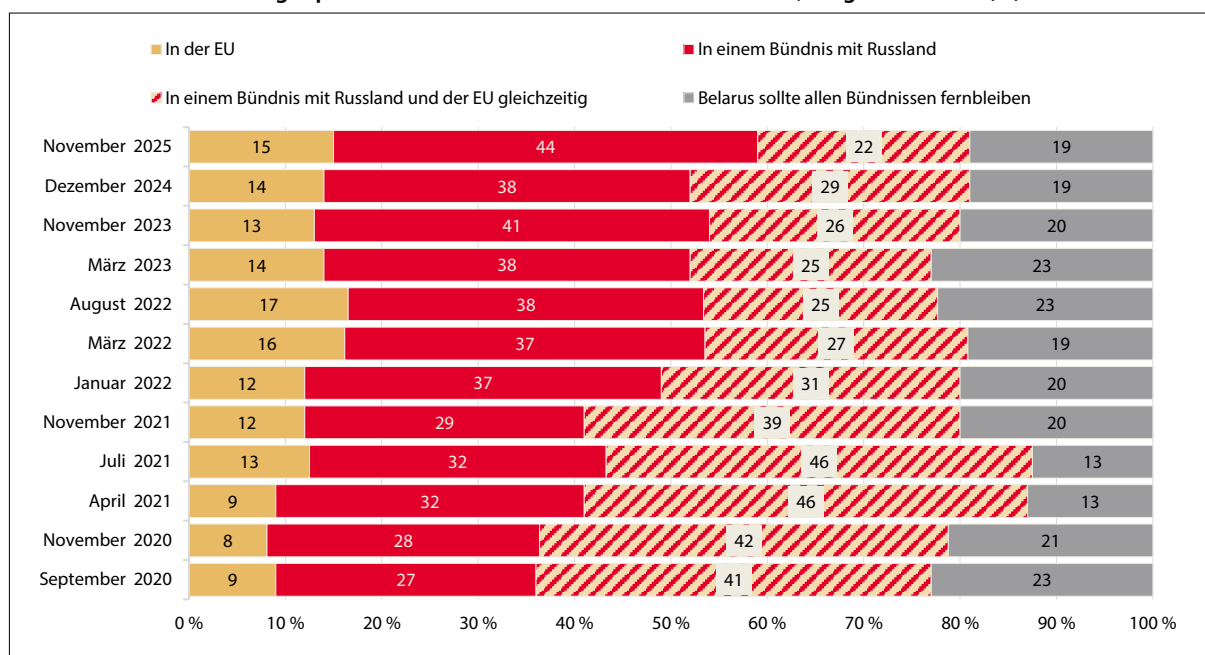
Lesetipps / Bibliographie

- Astapova, A., & Navumau, V. (2018). Veyshnoria: A fake country in the midst of real information warfare. *Journal of American Folklore*, 131(522), 435–443.
- Astapova, A., Navumau, V., Nizhnikau, R., & Polischuk, L. (2022). Authoritarian cooptation of civil society: The case of Belarus. *Europe-Asia Studies*, 74(1), 1–30.
- Bedford, S. (2021). The 2020 presidential election in Belarus: Erosion of authoritarian stability and re-politicization of society. *Nationalities Papers*, 49(5), 808–819.
- Brinkerhoff, J. M. (2009). *Digital diasporas: Identity and transnational engagement*. Cambridge University Press.
- Chulitskaya, T., & Matonyte, I. (2025). State violence and pains of punishment: Experiences of incarcerated women in Belarus in the aftermath of the 2020 protests. *Nationalities Papers*, 53(2), 393–409.
- De Vogel, S. (2022). Anti-opposition crackdowns and protest: The case of Belarus, 2000–2019. *Post-Soviet Affairs*, 38(1–2), 9–25.
- Hall, S. (2023). The end of adaptive authoritarianism in Belarus? *Europe-Asia Studies*, 75(1), 1–27. <https://doi.org/10.1080/09668136.2022.2093332>
- Hansen, I., & Murphy, A. (2024). “I feel like a fish out of water”: Three years of Belarusian exodus and exile. *Libereco*. <https://www.libereco.org>
- Kazakou, A., & Thomas, F. (2025). The mental health and wellbeing of Belarusians in exile in Lithuania, Poland and Georgia. *Journal of Mental Health*. Advance online publication. <https://doi.org/10.1016/j.jmh.2025.100331>
- Kazharski, A. (2021). Belarus’ new political nation? 2020 anti-authoritarian protests as identity building. *New Perspectives*, 29(1), 69–79.
- Korshunau, H. (2023). A snapshot of the Belarusian diaspora: Ties and prospects. https://newbelarus.vision/wp-content/uploads/2023/01/Diaspora_Eng.pdf
- Mateo, E. (2022). “All of Belarus has come out onto the streets”: Exploring nationwide protest and the role of pre-existing social networks. *Post-Soviet Affairs*, 38(1–2), 26–42.
- Matveieva, O., Navumau, V., & Gustafsson, M. (2022). Adoption of public e-services versus civic tech services: On the issue of trust and citizen participation in Ukraine and Belarus. In T. P. Blom & P. Parycek (Eds.), *Electronic government (EGOV 2022)* (pp. 15–30). Springer.
- Moshes, A., & Nizhnikau, R. (2021). The Belarusian revolution: Sources, interim outcomes, and lessons to be learned. *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, 29(2), 159–182.
- Naumov, V. (2014). Social activism in post-communist countries and new media: The case of the tent camp protest action in Minsk, 2006. *Polish Sociological Review*, 187(3), 291–315.
- Navumau, V. (2019). Social media as a source of counter-hegemonic discourses: Micro-level analysis of the Belarusian “Silent Actions” protest movement. *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, 27(3), 287–317.
- Navumau, V., & Matveieva, O. (2021). The gender dimension of the 2020 Belarusian protest: Does female engagement contribute to the establishment of gender equality? *New Perspectives*, 29(3), 230–248.
- Navumau, V., & Matveieva, O. (2025a). Telegram as a lifeline and a battlefield: A socio-informatics study of communication and resistance among Ukrainians in war. In *Proceedings of the 12th International Conference on Communities & Technologies (C&T 2025), Supplementary Proceedings. EUSSET*. <https://doi.org/10.48340/ct2025-10252>
- Navumau, V., Gustafsson, M., & Matveieva, O. (2025b). Digital technologies and citizen agency during crises: Democratic engagement in Ukraine and Belarus. In N. Kolleck & I. P. Karolewski (Eds.), *Rethinking citizenship in Central and Eastern Europe: Insights from education and political research* (pp. 109–137). Bristol University Press.
- Navumau, V., Matveieva, O., & Gorokhova, T. (2024). Resistance across borders: Belarusian civic activism in exile under (trans-)national repression. *Cosmopolitan Civil Societies: An Interdisciplinary Journal*, 16(2), 27–42.
- Onuch, O., & Sasse, G. (2022). Anti-regime action and geopolitical polarization: Understanding protester dispositions in Belarus. *Post-Soviet Affairs*, 38(1–2), 62–87.
- Onuch, O., Sasse, G., & Michiels, S. (2023). Flowers, tractors, & Telegram: Who are the protesters in Belarus? A survey-based assessment of anti-Lukashenka protesters. *Nationalities Papers*, 51(4), 744–769.
- Rudnik, A. (2025). Practices and agencies in the Belarusian protests of 2020: Perspectives of protest participants and leaders. *Europe-Asia Studies*, 77(4), 537–560. <https://doi.org/10.1080/09668136.2025.2495338>
- Wijermars, M., & Lokot, T. (2022). Is Telegram a “harbinger of freedom”? The performance, practices, and perception of platforms as political actors in authoritarian states. *Post-Soviet Affairs*, 38(1–2), 125–145.

UMFRAGEN

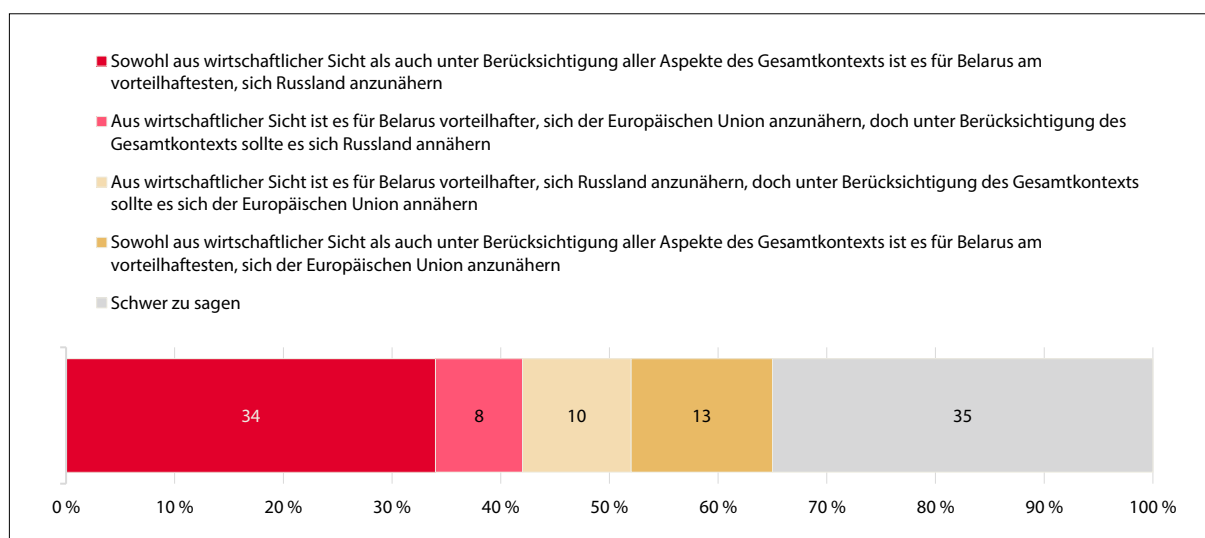
Geopolitische und kulturelle Orientierungen der Belarus*innen

Grafik 1: In welchem geopolitischen Bündnis wäre es für Belarus besser, Mitglied zu sein? (%)



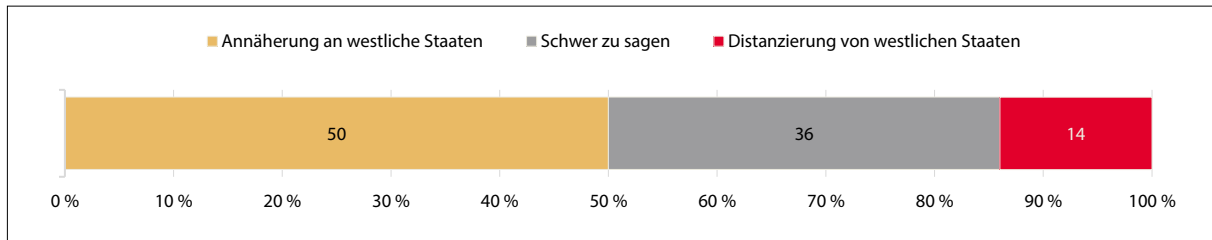
Quelle: Belarusians' views on the war and on domestic and foreign policy. The results of a public opinion poll conducted in August and November 2025; Chatham House; S. 22: <https://drive.google.com/file/d/1ZiE9EOefBrCUNrZxuxQzGjUkxm-ikTO/view>

Grafik 2: Ansichten zur Annäherung an Russland oder die Europäische Union (2024; %) Ihrer Meinung nach, welche der folgenden Aussagen erscheint unter den aktuellen Umständen zutreffender?



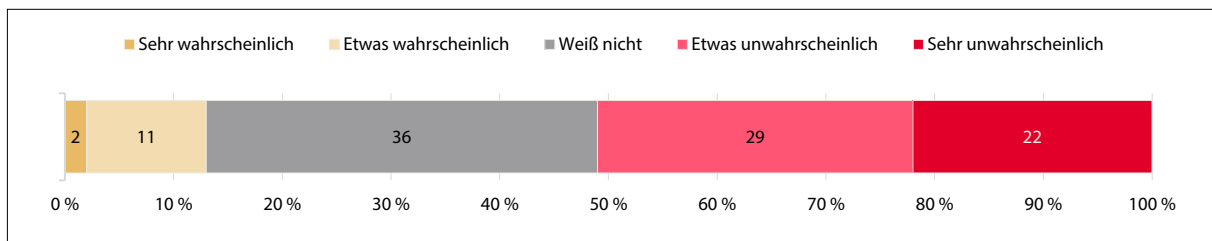
Quelle: Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 31: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWl8X2JMYNLmm8lUEgRZu2qA0uQ/view>

Grafik 3: Welche Politik sollte Belarus Ihrer Meinung nach gegenüber den westlichen Staaten eher verfolgen? (2024; %)



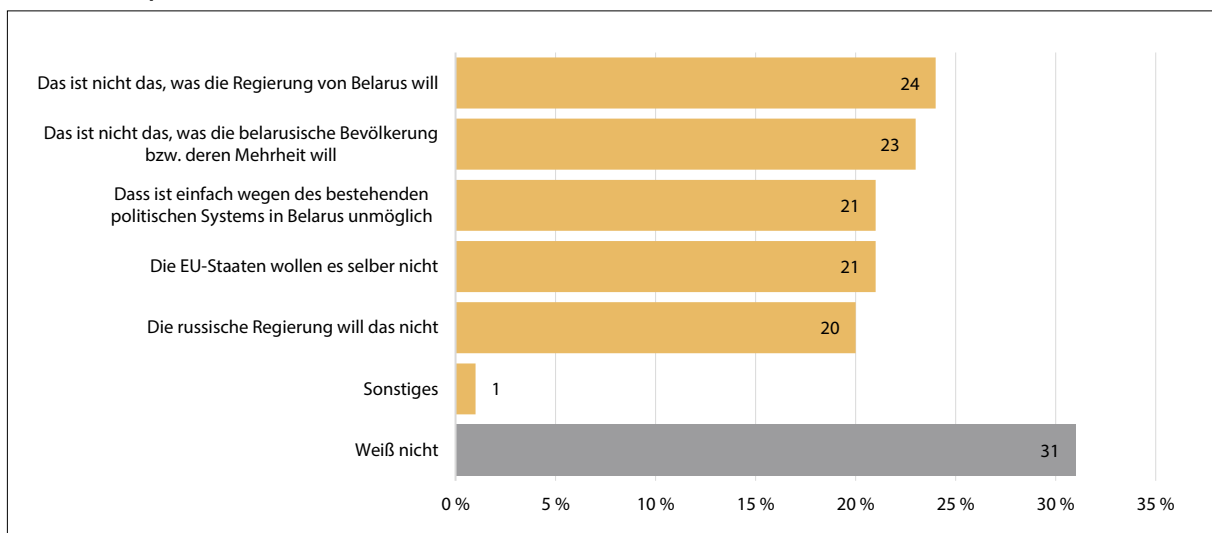
Quelle: Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 24: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWl8X2JMYNLmm8lUEgRZu2qA0uQ/view>

Grafik 4a: Wie wahrscheinlich oder unwahrscheinlich ist es, dass Belarus in den nächsten 15 Jahren Mitglied der Europäischen Union wird? (2024; %)



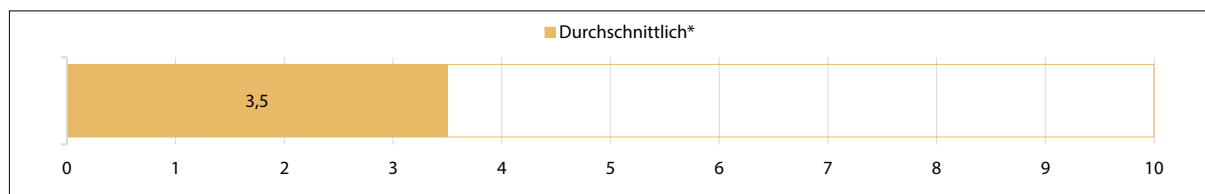
Quelle: Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 32: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWl8X2JMYNLmm8lUEgRZu2qA0uQ/view>

Grafik 4b: Was ist Ihrer Meinung nach das Haupthindernis dafür, dass Belarus in den nächsten 15 Jahren der Europäischen Union beitrifft? (2024; %)



Quelle: Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 32: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWl8X2JMYNLmm8lUEgRZu2qA0uQ/view>

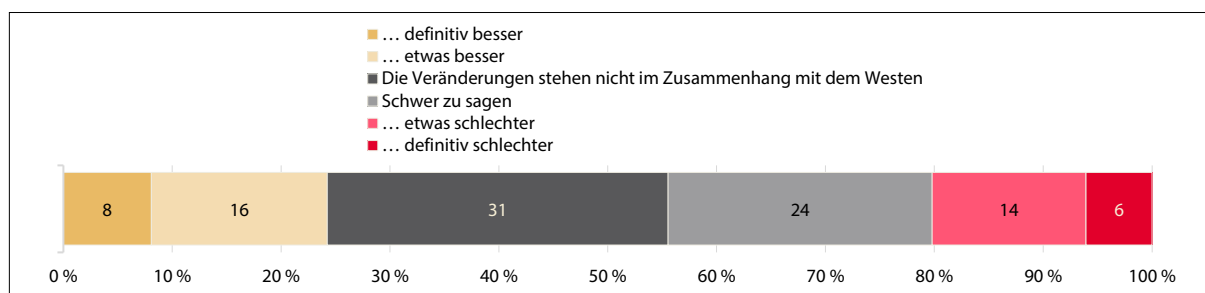
Grafik 5a: Inwieweit fühlen Sie sich derzeit als Person, die sich mit der westlichen Kultur identifiziert oder nicht identifiziert? (2024)



* Von 0 bis 10: 0 – fühle mich überhaupt nicht so; 10 – fühle mich vollkommen so

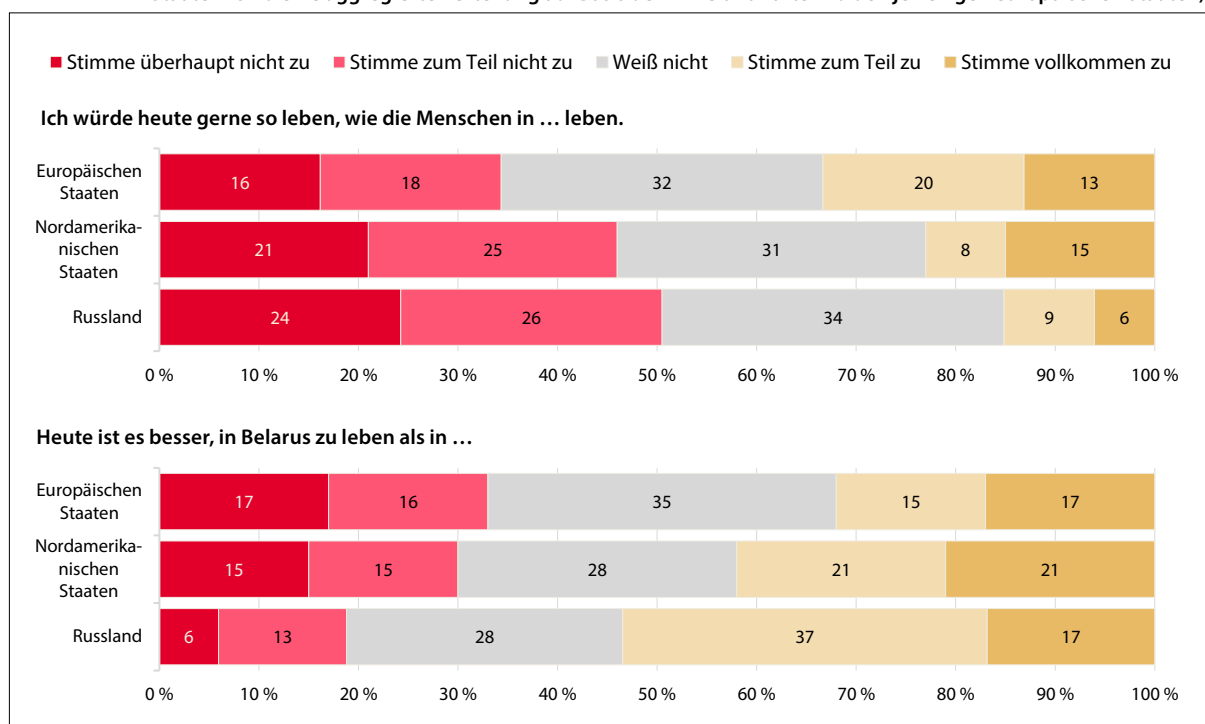
Quelle: Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 11: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWI8X2JMYNLmm8lUEgRZu2qA0uQ/view>

Grafik 5b: Unter dem Einfluss der westlichen Kultur werden die Menschen in Belarus ... (2024; %)



Quelle: Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 11: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWI8X2JMYNLmm8lUEgRZu2qA0uQ/view>

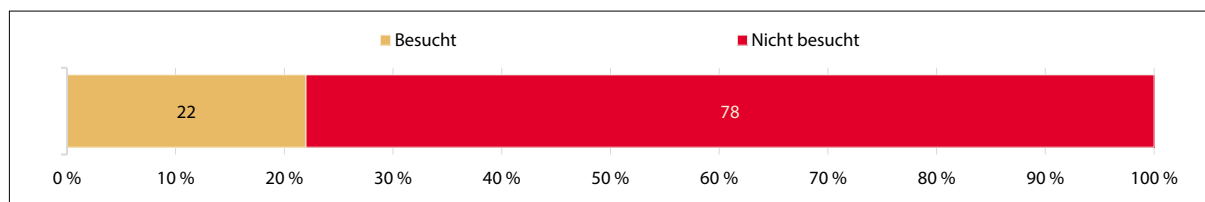
Grafik 6: Wahrnehmungen der Lebensqualität in anderen Staaten (2024; %)
Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder widersprechen ihnen? (die Antworten zu »europäischen Staaten« sind eine aggregierte Verteilung auf Basis der Einzelantworten zu den jeweiligen europäischen Staaten)



Quelle: Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 19: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWI8X2JMYNLmm8lUEgRZu2qA0uQ/view>

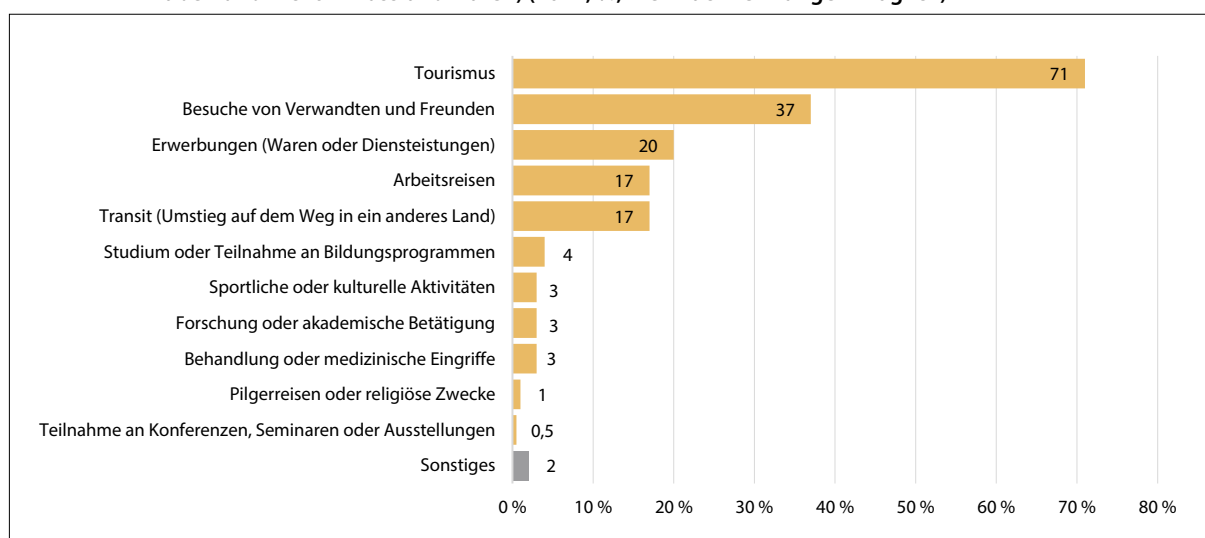
Reisen in die EU

Grafik 1a: Besuche in EU-Staaten in den letzten fünf Jahren (2024; %)



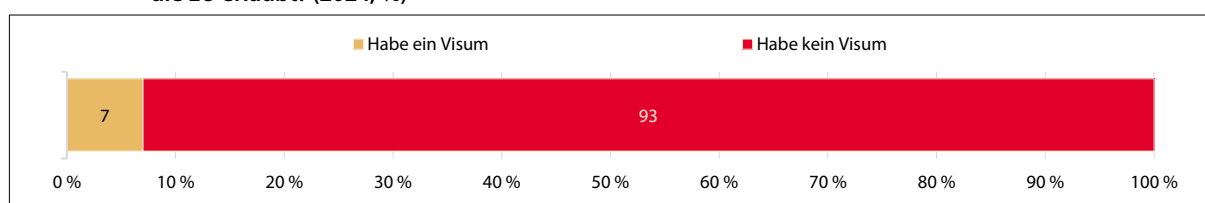
Quelle: *Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 5: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWl8X2JMYNLmm8IUeGRZu2qA0uQ/view>*

Grafik 1b: Reisezwecke in EU-Staaten in den letzten fünf Jahren (Angaben von Personen, die EU-Staaten besucht haben und nicht in Russland waren) (2024; %; Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: *Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 5: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWl8X2JMYNLmm8IUeGRZu2qA0uQ/view>*

Grafik 2: Haben Sie ein gültiges Visum für einen EU-Staat oder ein anderes Dokument, das Ihnen die Einreise in die EU erlaubt? (2024; %)



Quelle: *Belarusians' perception of the West and connections with it. The results of a public opinion poll conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; S. 9: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWl8X2JMYNLmm8IUeGRZu2qA0uQ/view>*

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik für Belarus ab dem 14.03.2011 ist verfügbar auf der Seite der Länder-Analysen (<https://www.laender-analysen.de>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/chronik?c=belarus&i=1>.

Die Chronik der Belarus-Analysen wird zusammengestellt aus Meldungen des Telegram-Nachrichtenkanals »@pozirkonline« (ehemals »naviny.by«).

Die Redaktion der Belarus-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahm, IBB Dortmund
Dr. Olga Shparaga, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
ISSN 2192-1350 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>